

Wir als *Freie Arbeiter*innen Union Sektion Lübeck* sind zutiefst enttäuscht von mehreren Handlungen seitens der Gruppe Lübeck for Palestine (LfP).

Es ist für uns nicht schlüssig, warum die Gruppe sich von ihren zuvor definierten "roten Linien" entfernt, bzw. nicht klar und entschlossen dazu steht.

Im Falle der eingeladenen Person Leon W. wird lediglich erwähnt, dass ein Konsens innerhalb der Gruppe erarbeitet wird. Uns fehlt die klare Aussage, dass die Anschuldigungen, die es gegen die Person gibt, sofern sie stimmen, zu verurteilen sind.

Auch scheint es so, dass die Gruppe nicht ausreichend darauf achtet, was von ihr verbreitet wird. Es entsteht das Gefühl, dass einiges ohne Absprache und ohne Übersicht passiert. Als Beispiel ist hier die Verwendung von offensichtlichen antisemitischen Darstellungen auf Instagram und auf Flyern zu nennen. Stichwort: Puppenspieler.

Dies ist ein enormer Rückschritt zu dem Bild, welches wir als Gruppe anfänglich von LfP hatten.

Leider sorgt diese Entfernung von den vorherigen definierten eigenen Grenzen dafür, dass das Solizentrum nicht mehr als Safespace wahrgenommen wird. Auch ist die gesamte Argumentationsstrategie beim letzten Sofaplenum von LfP als teils sehr unangenehm wahrgenommen worden.

So ist die Frage nach der Legitimität einer Gruppe, die einen Antrag stellt, auch wenn die Legitimität nicht vorhanden sein sollte, ein trauriger Versuch, sich nicht mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Dennoch glauben wir als Gruppe daran, dass LfP diesen Konfliktprozess durchgehen sollte, um sich auch selber nochmal mit den eigenen Positionen und mit den angesprochen Themen aus den Anträgen zu beschäftigen.

Wir verstehen, dass dies Kapazitäten in Anspruch nimmt, die eigentlich lieber in tatsächliche Aktionen zur Solidarität mit der Zivilbevölkerung im Gebiet verwendet werden möchten. Dies wäre ja tatsächlich möglich, wenn die Abgrenzungen zur Hamas und zum Antisemitismus wieder klarer in den Handlungen der Gruppe zu sehen sind.

Wir stehen hinter einem Konfliktprozess, der auch seine Zeit dauern darf und kann.

Wir beantragen hiermit, dass solange dieser Prozess im Gange ist, LfP sich nicht im Solizentrum treffen und auch keine Veranstaltungen auf und im Rahmen des Solizentrums organisieren sollte.

Wir möchten nicht, dass dadurch das Gefühl entsteht, die Stimmen der Zivilbevölkerung bekommen kein Gehör auf dem Gelände oder in Lübeck. Es soll kein mundtot machen entstehen und Menschen sollen sich weiterhin für die Bevölkerung in dem Gebiet starkmachen können ohne Sorge, in Schubladen gesteckt zu werden.

Dem wollen wir bestärkt entgegen wirken und in diesem Jahr alsbald die Gruppe "Palestinians and Jews for Peace" nach Lübeck bzw. ins Solizentrum einladen.

Uns ist das Thema sehr wichtig und es wäre schade, wenn durch einen eventuellen Ausschluss von LfP dieses wichtige Thema gemieden wird.

Diese Stellungnahme wurde per Mehrheitsentschluss beschlossen

